

**UMSONSTLADEN berlin & Hausprojekt „Brunnen 183“ |
brunnenstrasse 183 | umsonstladen.info | brunnen183.de**

PRESSEMITTEILUNG

1. August 2007

Polizei-Razzia in der „Brunnen 183“

Während die MieterInnen des Hausprojektes in der Brunnenstraße 183 vom neuen Hauseigentümer Manfred Kronawitter mit einer Flut von Räumungsklagen überzogen werden, versucht die Berliner Polizei derzeit mit einem Großeinsatz den Gerichtsentscheidungen zuvor zu kommen.

Die Polizeirazzia an der rund 600 Polizisten beteiligt sind und zu der die gesamte Brunnenstrasse abgesperrt wurde startete heute gegen 7 Uhr. Vermutet wird, dass die Aktion vom Justiziar des Polizeipräsidenten, Oliver Tölle, vorbereitet wurde, der gemeinsam mit dem Hauseigentümer beim Amtsgericht Tiergarten einen Beschluss erwirkte. Die Polizeiaktion soll auf Beschluss des Amtsrichters Bukow (bereits am 3.5.07 ergangen) eine „Personenfeststellung“ durchführen. Diese wird offenbar damit legitimiert werden, dass man dem Hauseigentümer Rechtshilfe leisten wolle, da ihm vermeintlich der Rechtsweg gegen die BewohnerInnen verstellt sei.

Nach Meinung der Rechtsanwältin des Projektes Vera Hacke ist eine solche Argumentation grober Unfug. Die laufenden Verfahren zeigen vielmehr, dass der Rechtsweg keineswegs verstellt ist und dass die Rechte der MieterInnen in der Brunnenstraße 183 ernst zu nehmen sind. „Eine rechtliche Grundlage für eine solche 'Personenfeststellung' in der Brunnenstraße 183 ist nicht ersichtlich“, erklärt Hacke. In den ersten Verfahren habe man dabei auch deutliche Erfolge erzielt. Nun werden die MieterInnen, so Hacke, „alle juristischen Mittel ausschöpfen, um die Rechte der MieterInnen zu schützen und den unglaublichen Beschluss des Amtsgerichts anzufechten.“

Derzeit ist fraglich, ob die Polizei sich tatsächlich an den Beschluss des Amtsgerichts hält und lediglich eine „Personenfeststellung“ in „allen Gebäudeteilen“ durchführt oder gar eine widerrechtliche Räumung des Anwesens vorbereitet. Zu ersten Zerstörungen von Besitz des BewohnerInnen ist es bereits gekommen.

Die BewohnerInnen und Projekte, wie der stadtwweit bekannte und beliebte Umsonstladen, werden sich indes nicht allein auf den Rechtsweg verlassen und rufen zu kreativen Aktionen für den Erhalt ihres Projektes auf.

Gern informieren wir persönlich über die aktuelle Polizeiaktion, die Situation in den Prozessen gegen das Hausprojekt.

Die Brunnenstrasse 183 ist Teil der Hausprojektervernetzung „Projekte in Mitte und Prenzlauer Berg“. Brunnen183, Schwarzer Kanal, Rigaer Str. 83 und Köpi bleiben!

Kontakt: Tel. 0176 2343162 bzw. 0163 7250947 oder email: umsonstladen-berlin@nadir.org
bzw. Hausanwältin Vera Hacke: Tel. 84712540.

Im Internet: www.umsonstladen.info / www.brunnen183.de / pimp.so36.net

UMSONSTLADEN berlin & Hausprojekt „Brunnen 183“ | brunnenstrasse 183 | umsonstladen.info | brunnen183.de

PRESSEMITTEILUNG Nr. 2

1. August 2007

Durchgeknallt! 600 Polizisten durchsuchten Brunnen 183

Heute morgen wurden die BewohnerInnen des Hausprojektes in der Brunnenstrasse 183 von einem 600 Mann starken martialischen Polizeiaufgebot aus dem Bett geworfen. Die Aufgabe des Polizei-Riesenaufgebotes war es nicht etwa die ganze Straße zu evakuieren, sondern die Personalien der 31 im Haus anwesenden Personen festzustellen. Zu diesem Zwecke hatten sie einen Durchsuchungsbeschluss des Amtsgerichts Tiergarten von Anfang Mai 2007 dabei. Inzwischen hat sich die Polizei aus dem Haus zurückgezogen. Es wurde erheblicher Schaden an Wohnungstüren und Eigentum der Mieter angerichtet.

Aus Sicht der HausbewohnerInnen und Ihrer Anwältin Vera Hacke ist die Begründung des Amtsgerichtsbeschlusses höchst fragwürdig.* Unverständlich ist auch, warum das Versorgungsunternehmen Vattenfall sowie die GasAG in die Polizeiaktion einbezogen wurden. Im Haus gibt es seit vielen Jahren keine Gasversorgung. Vattenfall stellte gar den Hausstrom ab, obwohl die BewohnerInnen unstrittig ihre Hausstromrechnung stets beglichen haben und sogar über ein erhebliches Guthaben bei Vattenfall verfügen.

Der neue Hauseigentümer des Objektes Dr. Manfred Kronawitter aus Passau hatte bereits nachdem er das Objekt im Januar 2006 ersteigerte, Anzeigen gegen die BewohnerInnen des Hauses wegen Hausfriedensbruch gestellt. Alles vom Tisch dachten, die BewohnerInnen, denn schließlich ist Kronawitter inzwischen längst klar, wer im Haus ist und das es sich um eine Mietstreitigkeit handelt. Er führt inzwischen mehr als zehn Räumungsklagen gegen MieterInnen des Hausprojektes. Das nun eine Durchsuchung des Hauses mit eben dem Argument, Kronawitter wisse nicht wer im Haus wohne und könne deshalb den Rechtsweg nicht beschreiten, begründet wird, ist für die Hausanwältin Vera Hacke ebenso wie die Pauschalität des Beschlusses unverständlich.

Dass die Berliner Polizei sich jedoch in einer derart überzogenen Aktion wider besseren Wissens in den Dienst fragwürdiger Praktiken eines Hauseigentümers stellt, lässt auch auf Eigeninteresse schließen. Vermutet wird, dass die Aktion vom Justiziar des Polizeipräsidenten, Oliver Tölle, (der gerne mal von einem „verzeckten Haus“ spricht) zu verantworten ist.

Amtsrichter Buckow stellte sich nun mit seinem Beschluss in den Dienst eines Hausbesitzer der alle Register zieht um unliebsame Mieter los zu werden. Gerne behauptet Kronawitter in der Öffentlichkeit er werde von den BewohnerInnen hinters Licht geführt. In Wirklichkeit liegt eine Liste der MieterInnen mit ihren Wohnungsstandorten seit vergangenen Jahr vor. Der Bitte nach Bekanntgabe eines Mietkontos ist er bis heute nicht nachgekommen.

Die BewohnerInnen und Projekte, wie der stadtwweit bekannte und beliebte Umsonstladen, werden sich indes nicht allein auf den Rechtsweg verlassen und rufen für heute Abend zu einer spontanen Kundgebung (18.30 Uhr) und anschließenden Demonstration (19.30) vor der Brunnenstrasse 183 auf.

Gern informieren wir persönlich über die aktuelle Situation.

Kontakt: Tel. 0176 2343162 bzw. 0160 97634525 oder email: umsonstladen-berlin@nadir.org
bzw. Hausanwältin Vera Hacke: Tel. 84712540.

Im Internet: www.umsonstladen.info / www.brunnen183.de / pimp.so36.net

Anmerkungen: * In unserer Pressemitteilung heute morgen wurde Frau Hacke fälschlicherweise so zitiert, dass es aus ihrer Sicht keine rechtliche Grundlage der Polizeiaktion gäbe. Wir möchten dies in dem Sinne berichtigen, dass Frau Hacke die Begründung des Beschlusses unverständlich ist. Die Rechtsgrundlage für die polizeiliche Aktion heute hingegen ist klar.